



## KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG KÄMPFE IN DER OSTUKRAINE SOZIALDATEN

■ ANALYSE		
Schleppende Korruptionsbekämpfung in der Ukraine		2
Von Andrei Marusov, Kiew		
■ GRAFIKEN ZUM TEXT		
Indizes zu Korruption in der Ukraine		6
■ ANALYSE		
Das Auswahlverfahren für den Leiter des Nationalen Antikorruptionsbüros		8
Von Jewgenij Zacharow, Charkiw		
■ DOKUMENTATION		
Pressestimmen zur Korruption in der Ukraine		13
Von Birthe Oldewurtel, Bremen		
<hr/>		
■ DOKUMENTATION		
Kämpfe in der Ostukraine		14
<hr/>		
■ STATISTIK		
Aktuelle Sozialdaten		16
<hr/>		
■ CHRONIK		
25. Mai – 7. Juni 2015		18



## Schleppende Korruptionsbekämpfung in der Ukraine

Von Andrei Marusov, Kiew

### Einleitung

Ein Jahr nach dem Euromaidan 2014 können die ukrainischen Behörden kaum auf viele erfolgreiche Maßnahmen der Korruptionsbekämpfung stolz sein. Die Einführung von neuen Institutionen und Richtlinien, welche die Offenheit und Transparenz der Regierung und den Dialog mit der Zivilgesellschaft verbesserten, sind die einzigen vergleichsweise positiven Resultate. Es ist beinahe unmöglich und sehr umstritten, Fortschritte zu erreichen in so wichtigen Bereichen wie der Bekämpfung von tiefverwurzelter Korruption, der Rückgewinnung des Vermögens von Janukowitsch und seiner Verbündeten und der Durchführung von echten Ermittlungen in Korruptionsfällen.

### Gesetzespaket zur Korruptionsbekämpfung

Die Ukraine übernahm nach dem Euromaidan höchst ineffektive Regelungen und Organe der Korruptionsbekämpfung. Die Bereitschaft und Kapazität von Strafverfolgungsbehörden (Innenministerium, Staatssicherheitsdienst und Staatsanwaltschaft) korruptes Verhalten zu identifizieren, zu verhindern, zu untersuchen und zu bestrafen war ebenfalls in Verruf geraten. Aus diesem Grund wurde die Entwicklung neuer Regelungen und Organe der Korruptionsbekämpfung als höchste Priorität eingestuft.

Der tatsächliche Durchbruch wurde am 14. Oktober 2014 erreicht, als das ukrainische Parlament das sogenannte »Antikorruptionsgesetzespaket« verabschiedete. Das erste Mal in der Geschichte der unabhängigen Ukraine erhielt die Strategie zur Bekämpfung der Korruption für 2015 bis 2017 den Status eines Gesetzes. Die Antikorruptionsstrategie definiert unter anderem die vorrangigen Bereiche der Korruptionsbekämpfung, die verantwortlichen Behörden und die Überwachungs- und Bewertungsindikatoren.

Zwei komplett neue Institutionen der Korruptionsbekämpfung sollten gegründet werden. Das Nationale Antikorruptionsbüro wird die so genannte »Eliten-Korruption« – also Korruptionsdelikte von Beamten, Parlamentsabgeordneten, Bürgermeistern, Polizisten, Richtern und Staatsanwälten – untersuchen, und sich auch mit großen Korruptionsfällen mit Bezug zu allen gewählten Staatsvertretern beschäftigen.

Die Nationale Agentur für Korruptionsprävention wird unter anderem die Antikorruptionspolitik der Ukraine entwickeln und koordinieren, Interessenkonflikte identifizieren und kontrollieren, den Lebensstil aller Beamten überwachen und eine frei zugängliche Online-Datenbank der Vermögensdeklarationen führen.

Zusätzlich wurde mit dem Gesetzespaket die strafrechtliche Verantwortlichkeit für die sogenannte »illegale Bereicherung« eingeführt. Wenn ein Beamter nicht in der Lage ist, die Diskrepanz zwischen seiner Vermögensdeklaration und seinem tatsächlichen Lebens-

stil zu erklären, wird das strafrechtliche Ermittlungen und/oder eine Beschlagnahmung seines Vermögens zur Folge haben.

Personen, die in den letzten Jahren für Antikorruptionsermittlungen zuständig waren, ist es untersagt, sich für eine entsprechende Position innerhalb des Nationalen Antikorruptionsbüros zu bewerben. Führungskräfte des Nationalen Antikorruptionsbüros, deren höhergestellte Mitarbeiter und die Nationale Agentur für Korruptionsprävention werden mit Beteiligung durch die Zivilgesellschaft ausgesucht. Artem Sytnyk wurde kürzlich durch den ukrainischen Präsidenten zum Direktor des Nationalen Antikorruptionsbüros ernannt, nachdem eine unabhängige Kommission aus über 150 Kandidaten eine Vorauswahl von drei Kandidaten getroffen hatte. Obwohl die Kommissionsmitglieder durch den Präsidenten, das Kabinetts und das Parlament ernannt wurden, war keiner von ihnen ein Regierungsbeamter. Alle Treffen der Kommission wurden online übertragen. [Einen ausführlichen Bericht zum Auswahlverfahren bietet der Beitrag von Jewgenij Zacharow in der vorliegenden Ausgabe.] Repräsentanten der Zivilbevölkerung werden auch an dem Einstellungsprozess der Führungskräfte des Nationalen Antikorruptionsbüros mitwirken.

Fünf Mitglieder der Nationalen Agentur für Korruptionsprävention werden durch eine Kommission ausgesucht. Dabei wird die Hälfte der Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen kommen. Die Aktivitäten des Nationalen Antikorruptionsbüros und die der Nationalen Agentur für Korruptionsprävention werden durch spezielle zivile Räte überwacht werden, deren Vollmachten in der Gesetzgebung festgeschrieben sind.

### Verzögerungen

Obwohl ukrainische Behörden erfahren darin sind, die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Entscheidungsfindung vorzutauschen, repräsentierten die oben erwähnten Regelungen einzigartige Neuerungen. Die Schaffung der neuen Institutionen der Korruptionsbekämpfung wird jedoch durch verzögerte Entscheidun-

gen des Präsidenten und der Regierung verlangsamt. Bis jetzt wurden lediglich der Direktor des Nationalen Antikorruptionsbüros und sein Stellvertreter ernannt. Die Auswahl für die Mitglieder der Nationalen Agentur für Korruptionsprävention hat erst vor kurzem begonnen.

Noch alarmierender ist jedoch, dass die Verabschiedung neuer Rechtsvorschriften für die Polizei und Staatsanwaltschaft durch das Parlament verzögert wurde. Das Nationale Antikorruptionsbüro und die Nationale Agentur für Korruptionsprävention werden nicht handlungsfähig sein, wenn sie nicht durch eine Reform des kompletten Strafverfolgungssystems unterstützt werden.

Des Weiteren ist die Regierung unverantwortlich spät bei der Reform des öffentlichen Dienstes. Eine solche Reform sollte einen wirklich professionellen öffentlichen Dienst mit minimalen Anreizen für korruptes Verhalten schaffen. Der Gesetzesentwurf wurde erst kürzlich eingereicht.

Außerdem existiert in der Zivilbevölkerung eine wachsende Unzufriedenheit über das Unvermögen der Regierung, Beamte zu entlassen, die während der Amtszeit von Janukowitsch ranghohe Positionen innehatten und mit dem KGB kooperierten. Der Prozess der »Lustration« wurde eingeleitet durch die entsprechende Rechtsvorschrift und wurde als eine wichtige Maßnahme zum Abbau alter Korruptionsstrukturen wahrgenommen.

Die Aussagen des ukrainischen Oligarchen Dmirtiri Firtash vor dem obersten Gerichtshof in Österreich bestätigten, dass ukrainische Parteien im hohen Maße von der finanziellen Unterstützung durch Oligarchen abhängig sind. Das Ergebnis: Politische Korruption ist bereits in der Arbeitsweise des politischen Systems verankert. Die zivile Expertengemeinschaft reagierte mit dem Antrag, die Parteienfinanzierung radikal zu reformieren. Allerdings stieß der entsprechende Gesetzesentwurf bei der Regierungsmehrheit im Parlament auf Widerstand.

### »Öffnung« der Regierung

Ein signifikanter Fortschritt wurde hingegen durch die »Öffnung der Regierung«, die Veröffentlichung der Haushaltsausgaben und verschiedener staatlicher Datenbanken erreicht.

Das neue Vergabegesetz wurde im April 2014 beschlossen. Es erlaubt, jeden öffentlichen Auftrag vom Planungsstadium bis hin zur tatsächlichen Fertigstellung des Beschaffungsvertrages freizugänglich auf dem staatlichen Beschaffungswesen-Internetportal zu überwachen. Die staatlichen und kommunalen Unternehmen sind verpflichtet, wichtige Informationen über ihre Beschaffungen zu veröffentlichen. Zivile

Aktivisten und Journalisten garantieren zusätzlich, die Arbeit der zuständigen Kommission für Beschaffungswesen zu beaufsichtigen. Eine Anzahl von Antikorruptionsmaßnahmen wurde außerdem hinzugefügt (zum Beispiel eine »schwarze Liste« mit Bieter, die in Preisabsprachen verwickelt waren und das Verbot für Verwandte von Mitgliedern des Beschaffungsausschusses an öffentlichen Ausschreibungen teilzunehmen).

Das Gesetz über die transparente Verwendung öffentlicher Mittel wurde im Februar 2015 verabschiedet und war ein Schritt in Richtung eines umfangreicheren Zugriffs auf Informationen über die Haushaltsausgaben der Regierung. Die Regierung muss in naher Zukunft einzelne Online-Portale für die Verwendung der öffentlichen Finanzen einschließlich der Vergabe öffentlicher Aufträge und der Haushaltsströme einrichten. Das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel wird dem Parlament einen Gesetzesentwurf vorlegen, welcher ein elektronisches System für Beschaffungswesen, elektronische Auktionen, vereinfachte Abläufe und einen leichteren Zugriff auf Daten des Beschaffungswesens vorsieht.

Das Pilotprojekt, die elektronische Plattform »pro-Zorro«, entwickelt von einem zivilen IT-Aktivisten mit Transparency International Ukraine als formalem Eigentümer, wird gegenwärtig für staatliche Anschaffungen unterhalb eines Schwellenwertes gefördert.

Das Gesetz über die freie Verfügbarkeit und Nutzbarkeit von Daten, welches im April 2015 verabschiedet wurde, verpflichtet alle staatlichen Organe und Institutionen ihre Daten, auf dem staatlichen Webportal freizugänglich zu veröffentlichen.

Das »Antikorruptionsgesetzespaket« erweiterte auch den Zugang zu Informationen über juristische Personen und Liegenschaften. Alle juristischen Personen müssen ihre Endbegünstigten offenlegen (diese Maßnahmen richten sich in erster Linie an Offshore-Besitzer). Der Zugriff auf das Eigentumsregister ist gegen eine geringe Gebühr für alle möglich. Ein Gesetzesentwurf, welcher den Zugang zu Informationen über Landeigentum sicherstellen soll, wird gegenwärtig im Parlament debattiert.

Die geplanten Reformen stießen schnell auf eine Vielzahl von Hindernissen. Die Mehrheit der Geschäftsführer staatlicher und kommunaler Unternehmen versäumte es, ihre Beschaffungsdaten offenzulegen, da das Kabinett nicht genügend Druck auf sie ausübte. Auch die Qualität der Daten im Eigentumsregister erwies sich als sehr schlecht. Das Justizministerium, welches das Unternehmensregister betreibt, scheiterte daran, dass Gesetz über den Endbegünstigten richtig zu implementieren. Die Regierung ist unvertretbar langsam bei der Umsetzung der Verpflichtungen der »Open Govern-

ment Partnership«, d. h. der Öffnung von Regierungsdaten für die Bevölkerung.

Schließlich wird für die Bereitstellung des Zugriffs auf alle staatlichen Datenbanken eine gut funktionierende elektronische Verwaltung benötigt. Die Relevanz dieser Aufgabe wird von zentralen Entscheidungsträgern jedoch vernachlässigt.

### Versuch eines Dialoges

Eine erfolgversprechende Maßnahme, um Korruption zu verhindern und Korruptionspraktiken zu entwurzeln, ist die Einführung eines Dialogs zwischen der Regierung und der Zivilgesellschaft inklusive Anti-Korruptions-Aktivisten. Die ukrainische Zivilgesellschaft vereinte sich schnell unter der Dachorganisation »Reanimation des Reformpaketes«, in der die Antikorruptionsgruppe besonders aktiv ist. Die Reaktion der Regierung war ambivalent.

Der Präsident schuf den Nationalen Reformrat als eine beratende Plattform. Die Gründung des Nationalen Rates für Antikorruptionspolitik durch den Präsidenten wurde allerdings erst kürzlich eingeleitet. Die Regierung richtete unter Beteiligung von Experten der Dachorganisation »Reanimation des Reformpaketes« ebenfalls ein Beratungsgremium für Reformangelegenheiten ein. Das Antikorruptionsprogramm der Regierung, welches die Antikorruptionsstrategie für 2015 bis 2017 umsetzen soll, wurde aber erst ein halbes Jahr nach Annahme des entsprechenden Gesetzes durch das Parlament genehmigt und veröffentlicht.

Der beste Dialog über Korruptionsbekämpfung wird vom parlamentarischen Antikorruptionsausschuss unter Leitung des ehemaligen Enthüllungsjournalisten Egor Sobolev geführt.

Es gibt einige Erfolgsgeschichten über die Zusammenarbeit zwischen Nichtregierungsorganisationen und Ministerien oder Gemeinden bei der Korruptionsbekämpfung. Zum Beispiel wurden Antikorruptionsaktivisten (wie auch der Autor dieses Artikels) von Pavlo Sheremeta, dem ehemaligen Minister für Wirtschaftsentwicklung und Handel, eingeladen, an der Ausarbeitung des Vergabegesetzes teilzunehmen. Die Experten der Dachorganisation »Reanimation des Reformpaketes« kooperierten ebenfalls erfolgreich mit dem Justizministerium bei der Entwicklung des »Gesetzpaketes zur Korruptionsbekämpfung«.

Auf Einladung des Verteidigungsministers Stepan Poltorak wurde eine Gruppe von Freiwilligen für den Beschaffungsausschuss des Ministeriums ausgesucht. Sie erhielten grünes Licht, das Beschaffungssystem des Ministeriums zu reformieren. Kürzlich entschied der Minister, einen erheblichen Teil der Beschaffungen über die Plattform »proZorro« abzuwickeln.

Die Nachhaltigkeit dieser und anderer Initiativen steht jedoch nach wie vor zur Debatte. So befürchten viele Aktivisten, dass die Behörden erneut die Beteiligung nicht-staatlicher Organisationen nur scheinbar ernst nehmen, wie sie es in den vorherigen Jahren getan haben.

### Deklarative Reformen

Der Bedarf an drastischen Reformen in allen Schlüsselbereichen wurde immer wieder durch den Präsidenten, die Regierung und die Regierungskoalition im Parlament bestätigt. Aus der Perspektive der Korruptionsbekämpfung müssen die Reformen für Korruption anfällige Regelungen in den wichtigsten Bereichen durch ein Regelwerk ersetzen, welches für Beamte und andere Zielgruppen klare Anreize zur Vermeidung von Korruption schafft. Leider ist dies derzeit nicht der Fall.

Es gab nur einige wenige erste Schritte die gemacht wurden, um die Reformen im Energiesektor voranzubringen, welcher seit Jahren von Korruption besonders betroffen ist. Die allgemeine Deregulierung der Wirtschaft und der Abbau von Bürokratie wurden zwar vom neuen Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Handel, Aivaras Abromavichus, verkündet, tatsächliche Maßnahmen müssen allerdings erst noch durchgeführt werden.

Die Regierung kündigte letztes Jahr die Reform im Bereich Steuerpolitik und Steuerverwaltung an. Diese wurden jedoch durch einflussreiche Wirtschaftsakteure kritisiert. Die Leitungen der Finanzverwaltung und der Steuerbehörde wurden kürzlich nach Korruptionsvorwürfen entlassen. Es gibt Berichte, dass Angehörige der neuen herrschenden Eliten das Netzwerk zur Steuervermeidung unterstützen.

Trotz reformfreundlicher Aussagen des neuen Gesundheitsministers, gibt es noch kein klares Verständnis davon, was eine Reform in diesem Bereich bedeuten würde. Es scheint, dass das Ministerium bei der Organisation des Erwerbs notwendiger Medikamente auch dieses Jahr scheitern wird. Die Implementierung des Gesetzes, welches die Verantwortung für die Beschaffung von Aids-, Tuberkulose- und weiteren Medikamenten an internationale Organisationen übergibt, wird stillschweigend sabotiert. Patientenorganisationen vermuten, dass die Sabotage durch die Unfähigkeit oder Unwilligkeit der Führungsebenen des Ministeriums verursacht wird, sich von alten Korruptionspraktiken zu lösen.

Die Reform der Sozialleistungen wurde ebenfalls verkündet. Die tatsächlichen Maßnahmen erinnern allerdings an die vor Jahren durchgeführten populistischen Maßnahmen der ukrainischen Regierung unter Julia Timoschenko.

Die Dezentralisierung und Aufwertung der kommunalen Selbstverwaltung bleibt eine bloße Floskel.

Wenn es keine geeigneten Reformen gibt, werden die neuen Regelungen und Organe zur Korruptionsbekämpfung nicht in der Lage sein, einen Durchbruch im Kampf gegen Korruption zu erreichen.

### Scheinermittlungen

Obwohl die, von der ukrainischen Regierung unter Janukowitsch aufgebaute »vertikale Korruption« und mehrere Systeme von Korruption im größeren Umfang zerstört wurden, werden ernsthafte Ermittlungen gegen Korruption derzeit sabotiert oder nur vorgetäuscht.

Generalstaatsanwälte aus der Zeit nach dem Euromaidan scheiterten daran, Korruptionsermittlungen gegen Mitglieder der Regierung unter Janukowitsch einzuleiten. Praktisch alle Korruptionsermittlungen gegen Janukowitsch und seine Verbündeten — die zum Einfrieren von Vermögen und der Beschlagnahmung von Eigentum führten — wurden allein von EU-Behörden durchgeführt. Zu diesem Ergebnis kam der kürzlich veröffentlichte Bericht »Ein Jahr nach dem Fall der Regierung unter Janukowitsch: Eine rechtliche Analyse der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit« erarbeitet von Transparency International Russland mit Unterstützung von Transparency International Ukraine.

Es gibt deutliche Hinweise dafür, dass die EU-Länder ihre Sperrung des Vermögens von Janukowitsch und seinen Verbündeten aufheben werden, wenn die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft keine notwendigen Beweise für zugrundeliegende Korruptionsdelikte liefert.

Die ukrainische Regierung plante, über 1,5 Mrd. Griwna (zum derzeitigen Wechselkurs gut 30 Mio. Euro) durch den Verkauf von im Zuge von Korruptionsermittlungen beschlagnahmten Vermögen, einzunehmen. Gemäß der Daten der ukrainischen Aktionszentrale für Antikorruption, welche die Rückführung des Vermögens von Janukowitsch überwacht, erhielt der Staatshaushalt seit Beginn 2015 jedoch nur 5.000 Griwna (gut 200 Euro).

Kürzlich wurden der Katastrophenschutzminister und sein Stellvertreter während einer Regierungssitzung wegen Korruptionsverdacht festgenommen. Die Festnahme wurde von allen führenden Fernsehsendern übertragen und von Ministerpräsident Jazenjuk als Beweis dafür genommen, dass die Regierung gewillt ist, bei der Korruptionsbekämpfung auch gegen hochrangige Politiker vorzugehen.

Der Außenminister, der im letzten Sommer von investigativen Journalisten eines korrupten Verhaltens beschuldigt wurde, trat allerdings erst unter großem Druck durch die Medien und der Zivilbevölkerung zurück. Bis jetzt wurde keine Ermittlung eingeleitet.

Der ehemalige Generalstaatsanwalt Vitalij Yarema verteidigte seinen Stellvertreter als Journalisten aufdeckten, dass dessen Sohn große Grundstücke erworben hatte. Der Ursprung seines Vermögens war unklar. Erst nach öffentlichem Protest wurde er durch das Parlament entlassen.

### Ein glimmendes Pulverfass

Es gibt eine stetig wachsende öffentliche Enttäuschung über das Fehlen von tatsächlichen Reformen und Ermittlungen bei der Korruptionsbekämpfung. Gemäß einer Ende 2014 durchgeführten landesweiten Umfrage des Internationalen Instituts für Soziologie in Kiew gehörten die strafrechtliche Verfolgung von Janukowitsch und seinen Verbündeten sowie die drastische Reduzierung der Korruption zu den drei größten Erwartungen der Ukrainer nach dem Euromaidan. Die dritte Erwartung betraf die Erhöhung von Gehältern und Renten.

Ein Jahr nach dem Euromaidan gaben in einer Umfrage nur wenige Ukrainer (5%) an, dass die Korruption zurückgegangen sei, während die überwältigende Mehrheit glaubt, dass das Ausmaß der Korruption gleich geblieben ist (47%) oder sogar zugenommen hat (32%). Eine ähnliche Ernüchterung zeigt sich bei ukrainischen Unternehmen. Nach einer Umfrage vom März 2015 (durchgeführt von Transparency International Ukraine, der Privat Bank, PwC Ukraine und dem Meinungsforschungsunternehmen GfK) sind zwei Drittel der befragten 2.700 Spitzenmanager privater Unternehmen der Meinung, dass sich das Korruptionsniveau im Zeitraum von vor dem Euromaidan bis heute nicht verändert hat. Ein Drittel der Befragten gab an, dass sich die Situation verschlechtert hat, während nur 15% von einer Verbesserung ausgingen. Als die korrupteste staatliche Behörde nannten die Manager die Finanzverwaltung.

Andererseits entzündete der Euromaidan einen beispiellosen bürgerlichen Aktivismus. Hunderttausende unterstützen auf unterschiedliche Art und Weise die ukrainischen Streitkräfte. Zum ersten Mal in ihrem Leben engagieren sich die Menschen in Aktivitäten gegen Korruption, entwickeln Projekte für soziale Zwecke, treten Nichtregierungsorganisationen oder Parteien bei. Die Konkurrenz für die Position im Nationalen Antikorruptionsbüro ist mit 60 bis 80 Bewerbungen auf eine freie Stelle bemerkenswert hoch. Dieser Aktivismus ist die wesentliche Antriebskraft für die Bekämpfung der Korruption.

Immer mehr Ukrainer glauben, dass die Mehrheit der regierenden politischen Elite der Ukraine nicht gewillt ist, alte Korruptionspraktiken aufzugeben. Die Idee einer »Dritten Maidanrevolution« (die Orange Revolution wird als erste Revolution gezählt) wird von

Politikern, Journalisten und nicht-staatlichen Organisationen intensiv debattiert. Obwohl eine »Dritte Maidanrevolution« vielleicht den Weg für echte Korruptionsbe-

kämpfung ebnet würde, könnte eine weitere Revolution die Ukraine auch in Anarchie und Chaos stürzen.

*Übersetzung aus dem Englischen: Katharina Fischer*

#### Über den Autor

Andrei Marusov ist seit 2012 der Vorstandsvorsitzende von Transparency International Ukraine. Er war einer der ersten ukrainischen Journalisten, die das große Ausmaß von Korruption im öffentlichen Beschaffungswesen erforschten. 2007 wurde er mit dem Grand Prix als bester Antikorruptions-Journalist ausgezeichnet. Momentan überwacht und bewertet Andrei Marusov Richtlinien im Bereich der Korruptionsbekämpfung und des öffentlichen Beschaffungswesens. Außerdem war er an der Formulierung entsprechender Gesetzesentwürfe beteiligt, welche vom ukrainischen Parlament verabschiedet wurden.

## GRAFIKEN ZUM TEXT

## Indizes zu Korruption in der Ukraine

### Business Corruption Perception Index

Erstellt von: Transparency International Ukraine, PrivatBank, GfK Ukraine, PwC Ukraine

Seit: 2015

Häufigkeit: geplant alle 4 Monate

Daten beziehen sich auf Februar bis März 2015

Internetadresse: <<http://www.corruption-index.org.ua/>>

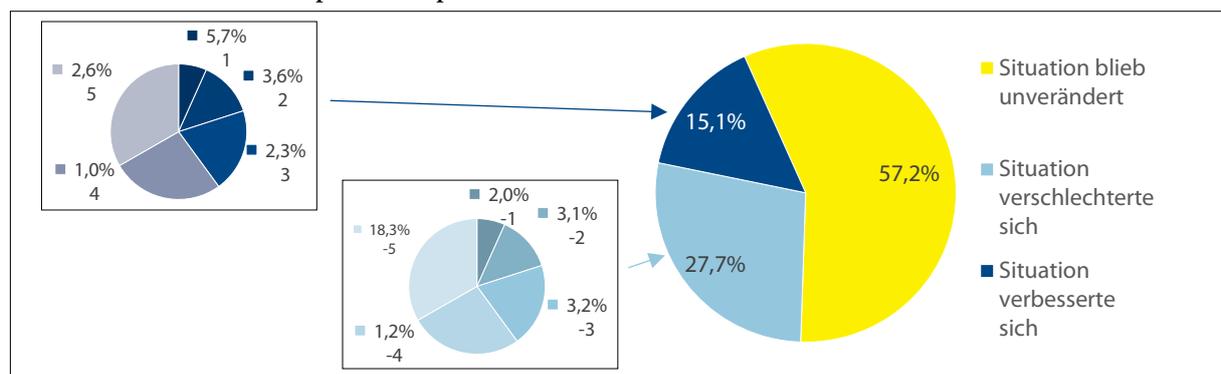
#### Kurzbeschreibung

Der Business Corruption Perception Index soll die Korruption in der ukrainischen Wirtschaft messen. Er basiert auf einer Umfrage unter 2.741 Führungspersonen ukrainischer Unternehmen. Die Ergebnisse sind online verfügbar unter <<http://www.corruption-index.org.ua/>>

#### Ergebnisse

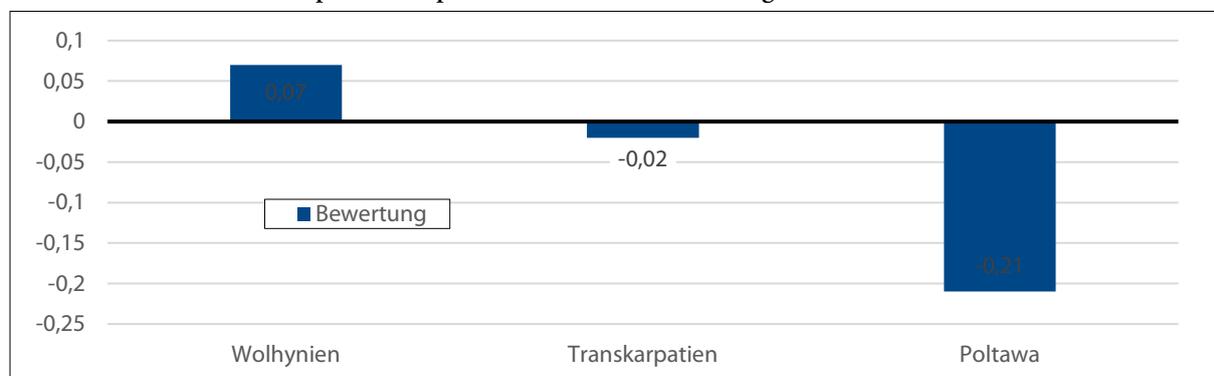
Einschätzung des Ausmaßes der Korruption bei ukrainischen Staatsbehörden (Häufigkeit der jeweiligen Antwort in %). Bei Verbesserung und Verschlechterung wurde jeweils nach dem Ausmaß der Veränderung auf einer Skala von 1 bis 5 bzw. -1 bis -5 gefragt.

**Grafik 1: Business Corruption Perception Index Februar – März 2015**

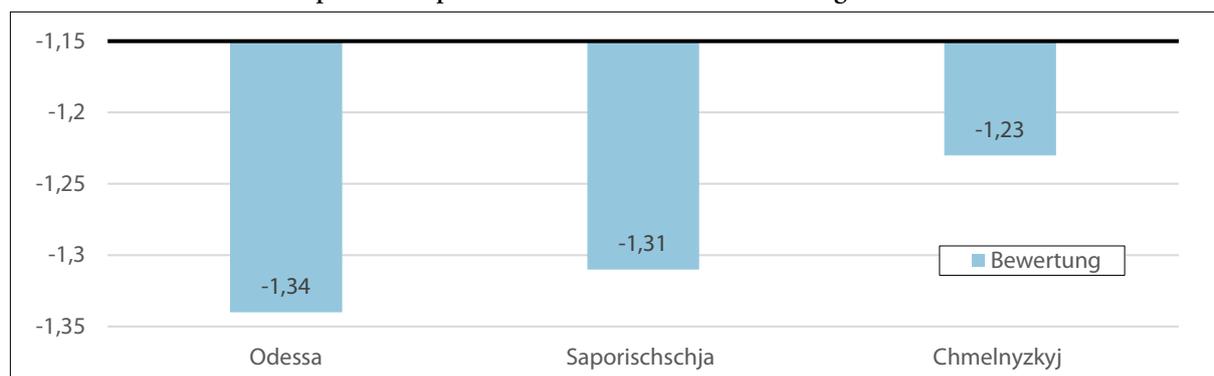


## Durchschnittswerte für Regionen

**Grafik 2: Business Corruption Perception Index: die besten drei Regionen**



**Grafik 3: Business Corruption Perception Index: die schlechtesten drei Regionen**



## Corruption Perception Index

Erstellt von: Transparency International

Seit: 1995

Häufigkeit: jährlich

Die Daten beziehen sich auf die vorangegangenen 24 Monate

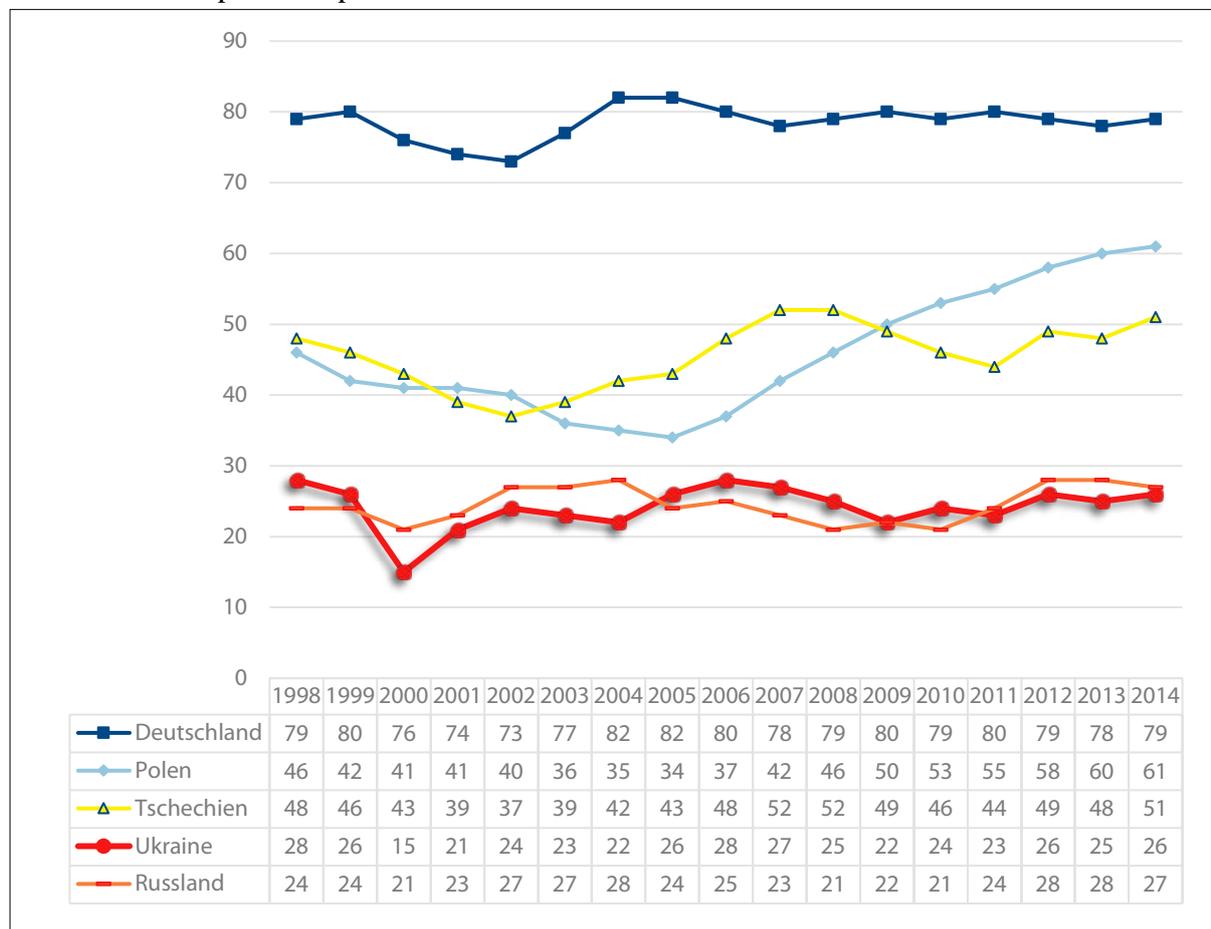
Erfasste Länder: derzeit 175

Internetadresse: <<http://www.transparency.org>>

### Kurzbeschreibung:

Der Index spiegelt die Wahrnehmung von Korruption durch befragte Geschäftsleute und Experten in den jeweiligen Ländern wieder. Seit 2012 werden die Ergebnisse auf einer Skala von 0 (extrem korrupt) bis 100 (nicht korrupt) erfasst, während vor 2012 die Ergebnisse auf einer Skala von 0 (extrem korrupt) bis 10 (nicht korrupt) angegeben wurden. Um die Vergleichbarkeit der Daten zu ermöglichen, wurden die älteren Daten daher nachträglich mit dem Faktor 10 multipliziert.

Grafik 4: Corruption Perception Index 1998–2014



## ANALYSE

## Das Auswahlverfahren für den Leiter des Nationalen Antikorruptionsbüros

Von Jewgenij Zacharow, Charkiw

### Zusammenfassung

Der Artikel beschreibt den Auswahlprozess für die Leitung des neu-geschaffenen Nationalen Antikorruptionsbüros der Ukraine (NABU) im Kontext der ukrainischen Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung.

### Einleitung

Dreieinhalb Monate war ich Mitglied der Auswahlkommission für den Posten des Direktors des Nationalen Antikorruptionsbüros der Ukraine (NABU). Früher stand ich dem Kampf gegen die Korruption, der sich als unecht und manipulativ darstellte, distanziert gegenüber. Stattdessen habe ich große Anstrengungen unter-

nommen, um den Zugang zu Informationen und die Transparenz staatlicher Behörden zu verbessern. Dies war das Einzigmögliche, was, meiner Meinung nach, unter den gegebenen Bedingungen zur Einschränkung der Korruption beitragen konnte. Jedoch konnte ich mir die Chance nicht entgehen lassen, beim ersten Auswahlverfahren für die Elite der Strafverfolgungsbehörde

dabei zu sein, an dem Vertreter von NGOs beteiligt sind. Dies habe ich als einen Reifetest für Staat und Zivilgesellschaft gesehen. Deshalb habe ich zugestimmt. Die Ergebnisse des Auswahlverfahrens sind in jeder Hinsicht interessant, und ich hoffe, dass meine Überlegungen zu diesem Thema für künftige ähnliche Ausschreibungen von Bedeutung sein können.

### **Herausforderungen der Korruptionsbekämpfung**

Leider hat sich die Korruption zu einem Eckpfeiler der ukrainischen Staatlichkeit entwickelt. 2005 schrieb ich in dem Artikel »...Plus De-Kutschmaisierung des ganzen Landes« [Leonid Kutschma war bis zur Orange Revolution 2004 Präsident der Ukraine, Anm. der Übersetzerin], dass die »neuen Gesetze nicht funktionieren werden, wenn die abstoßende halbfeudale Gesellschaftsordnung weiter bestehen bleibt, in der nur die, die an der Macht sind, eine Vorzugsbehandlung und Vergünstigungen erhalten, und wenn die Steuerbelastung so hoch ist, dass es ohne Diebstahl kein Auskommen gibt, dann ist jeder gegenüber dem Staat angreifbar und alle werden inoffizielle Zahlungen leisten müssen«.

In den letzten zehn Jahren entwickelte sich dieses System weiter und erreichte seinen Höhepunkt im Regime von Präsident Viktor Janukowitsch. Ein Jahr nach der Revolution der Würde haben wir uns aber nicht weit von dem alten System entfernt. Genau wie früher werden Gelder aus dem Staatshaushalt auf verschiedene Weise unterschlagen – durch Korruption bei Staatseinkäufen, durch Kapitalflucht der staatlichen Monopolunternehmen, die Firmenvermögen an Tochterunternehmen im Ausland übertragen, durch die Zweckentfremdung staatlicher Finanzmittel usw. Die kriminellen Geschäfte werden vor allem durch die Strafverfolgungsbehörden gedeckt; Schmuggel, Erpressungen durch den Staat und Steuerhinterziehung blühen; Posten werden verkauft und so weiter. Vor dem Hintergrund der militärischen Aggression im Osten mit allen daraus resultierenden Folgen ist das extrem schändlich.

Der Hass auf die korrupten Schurken koexistiert problemlos mit der massenhaften Korruption im Alltag. Ukrainer glauben an die Notwendigkeit jedem (Beamten, Ärzten, Lehrern, Klempner usw.) für deren geleistete Dienste zu danken, und verstehen dabei nicht besonders gut den Unterschied zwischen einem Geschenk und einer Bestechung. Sie glauben, dass die Korruption beseitigt werden kann, wenn nur möglichst viele korrupte Menschen für lange Zeit hinter Gitter gebracht werden.

Diese Ansicht ist falsch, da sie auf einem Verständnis von Korruption als einem vorrangig moralischen Problem basiert. In Wirklichkeit ist es aber ein politisches und wirtschaftliches Problem. Am schlimmsten

ist die Korruption auf der höchsten Ebene der Regierung. Vetternwirtschaft ersetzt marktwirtschaftliche Beziehungen, und ohne einen echten Markt, ohne Trennung von Wirtschaft und Politik kann Korruptionsbekämpfung, die nur auf Strafmaßnahmen basiert, keinen Erfolg haben.

Es werden vielmehr auch Verwaltungsreformen benötigt, wie die Einführung moderner Informationstechnologien, der Abbau staatlicher Kontrolle über die Wirtschaft, die Einführung von Barrieren gegen Korruption wie zum Beispiel die Pflicht zur Offenlegung von Einnahmen und Ausgaben der Beamten. Jedoch werden weder die neuen Gesetze noch die neuen Behörden, wie das Nationale Antikorruptionsbüro und die Nationale Agentur zur Bekämpfung von Korruption, helfen, wenn sich die Beziehungen zwischen der Wirtschaft und der Regierung nicht grundlegend ändern werden. Vor kurzem gab es ermutigende Anzeichen solcher Veränderungen.

So soll die Regierung sich vorrangig um die Vereinfachung von Regulierungsverfahren kümmern, einschließlich der Genehmigungsverfahren und der Einführung elektronischer Verwaltungsdienstleistungen, die den menschlichen Faktor in der Entscheidungsfindung beseitigen. Dies sollte den korruptionsbedingten Druck auf die Wirtschaft reduzieren. Es gibt Gesetzentwürfe über die obligatorische Offenlegungen der Einkünfte und Ausgaben sowie die Überprüfung der Steuererklärungen der Beamten, über eine Steueramnestie, die Begrenzung von Barzahlungen, und über die Belohnung von Beamten für ehrliches Verhalten. Die Zahl der Strafverfahren gegen Beamte auf verschiedenen Ebenen wegen Korruptionsdelikten ist deutlich gestiegen. Der Präsident verkündete einen neuen Kurs Richtung Deoligarchisierung, welche unmittelbar mit der Trennung von Großunternehmen und Staat verbunden ist. Der Beleg für diesen Kurs war der Konflikt mit der Finanzindustriellen Gruppe »Privat« und dem darauf folgenden Rücktritt des Oligarchen Ihor Kolomojskyj vom Posten des Gouverneurs der Region Dnipropetrowsk. Die Zeit wird zeigen, ob dieser Trend anhält.

### **Das Auswahlverfahren**

Aber zurück zum Auswahlverfahren. Das Nationale Antikorruptionsbüro der Ukraine (NABU) ist eine Strafverfolgungsbehörde, zu deren Aufgaben die Vorbeugung, Aufdeckung, Verhinderung, Untersuchung und Ermittlung im Bezug auf Korruptionsdelikte auf den höchsten Ebenen der Regierung, nämlich der Beamten ersten und zweiten Ranges im öffentlichen Dienst, gehören.

Gemäß dem Gesetz zum NABU sollte die Auswahlkommission aus neun Mitgliedern bestehen, von denen

drei vom Präsidenten, drei von der Regierung und drei vom Parlament ernannt wurden. Nach diesem Verfahren wurden folgende Personen ausgewählt: Refat Tschubarow, Historiker und Vorsitzender der Medschlis, der Abgeordnetenversammlung der Krimtataren; Jaroslaw Gryzak, Historiker und Professor der Ukrainischen Katholischen Universität in Lwiw und ich, Jewgenij Zacharow, Aktivist und Rechtschützer, Direktor der Charkiwer Organisation für Menschenrechte; Jurij Butusow, Journalist und Chefredakteur der Internetseite *sensor.net*; Joseph Zisels, Aktivist und Menschenrechtler, Vorsitzender des Kongresses der ethnischen Gemeinden [Minderheiten] der Ukraine; die Rechtsanwältin Olexandra Janowska, Professorin an der Akademie der Rechtsanwälte, Ad-hoc-Richterin des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte; der Jurist Giovanni Kessler, Leiters des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF), der Rechtsexperte Viktor Musijaka, Professor an der Kiewer Mohyla Akademie; und Jewgenij Nischtschuk, Schauspieler am Nationaltheater Iwan Franko in Kiew und ehemaliger Kulturminister der Ukraine.

Das erste Treffen der Auswahlkommission fand am 9. Januar 2015 statt und beschäftigte sich ziemlich lange mit der Ausschreibung der Stelle, da das Gesetz die erforderlichen Qualifikationen für das Amt unklar formuliert. Ein zentraler Streitpunkt war, ob Ausländer für das Amt kandidieren dürfen. Das Gesetz kann diesbezüglich auf zwei Weisen interpretiert werden. Im Ergebnis wurden die ausländischen Kandidaten zum Auswahlverfahren unter einer Bedingung zugelassen, die ihre Teilnahme nahezu ausgeschlossen hat: sie sollten vor Ablauf der Frist für die Einreichung der Dokumente die ukrainische Staatsbürgerschaft erwerben. Im Ergebnis nahm nur ein Ausländer am Auswahlverfahren teil, der ehemalige stellvertretende Generalstaatsanwalt Georgiens David Sakwarelidze.

Gemäß der Vorgaben muss der Direktor des NABU die ukrainische Staatsbürgerschaft besitzen, einen Universitätsabschluss in Rechtswissenschaften vorweisen und über Berufserfahrung auf dem Gebiet des Rechts von mindestens zehn Jahren verfügen, davon mindestens fünf Jahre in leitenden Positionen. Er soll unter 65 Jahre alt sein, die offizielle Landessprache [d. h. Ukrainisch] sprechen und fähig sein aufgrund seiner beruflichen und moralischen Qualitäten, seines Bildungs- und Berufsniveaus und seines Gesundheitszustandes den Pflichten des Amtes nachkommen zu können. Nicht zum Direktor des NABU ernannt werden dürfen Personen, die über zwei Jahre eine leitende Position in einer politischen Partei inne hatten oder vertragliche Beziehungen mit einer Partei unterhielten, sowie Personen, die in den letzten zwei Jahren in Sondereinheiten der

Strafverfolgungsbehörden zur Bekämpfung der Korruption gearbeitet haben.

Ab der Veröffentlichung der Anzeige am 12. Januar 2015 lief die Bewerbungsfrist für einen Monat. Am 11. Februar wurden die Unterlagen der 176 Bewerber geöffnet. Vom 11. bis 21. Februar wurden die Unterlagen auf der Internetseite des Präsidenten veröffentlicht. Die Auswahlkommission studierte alle Bewerbungsunterlagen und identifizierte 106 Bewerber, die die formalen Anforderungen an das Amt erfüllten. Vom 23. bis 28. Februar führte die Auswahlkommission Interviews mit diesen 106 Kandidaten durch und wählte 21 für die nächste Stufe des Auswahlverfahrens aus, die die Unterstützung von drei oder mehr Mitgliedern der Auswahlkommission erhalten hatten. Vom 2. bis 6. März führte die Auswahlkommission ausführlichere Interviews mit diesen Bewerbern durch und bestimmte am 6. März die vier besten Kandidaten, von denen zwei oder drei dem Präsidenten zur Ernennung vorgeschlagen werden sollten.

Die Unterlagen dieser vier Kandidaten wurden am 10. März von der Präsidialverwaltung zu einer speziellen Überprüfung und einer Kontrolle gemäß den Vorgaben des Lustrationsgesetzes eingereicht. Diese Verfahren dauerten länger als erwartet. Einer der vier Kandidaten, Jakiw Waritschew, hat die Überprüfung durch den SBU [den ukrainischen Geheimdienst] nicht bestanden. So blieben drei Kandidaten im Rennen: Artem Sytnyk, Mykola Siryj und Viktor Tschumak. Am 6. April hat die Auswahlkommission noch ein weiteres Interview mit den Kandidaten geführt und entschied sich endgültig für Sytnyk und Siryj. Alle Sitzungen der Auswahlkommission wurden in Echtzeit im Internet übertragen.

Am 16. April 2015 ernannte Präsident Petro Poroschenko den 35jährigen Staatsanwalt Artem Sytnyk, der im Zeitraum vom 2001 bis 2011 als Ermittler der Staatsanwaltschaft gearbeitet hatte, zum Direktor des NABU.

### Probleme der Kommissionsarbeit

Die Frage »Wofür brauchen Sie das?« verfolgt mich seit über 25 Jahren. Ich höre diese Frage immer wieder, wenn ich eine Anfrage beim Innenministerium oder beim Geheimdienst einreiche, oder Änderungen bei Verwaltungsverfahren vorschlage, oder irgendeinen Menschen zu schützen versuche. Beim Auswahlverfahren war es das gleiche. Viele glaubten, dass die Aufgabe der Auswahlkommission darin bestand, die Bewerbungsunterlagen durchzuschauen, die zehn besten Kandidaten auszuwählen, um ein halbstündiges Interview mit ihnen durchzuführen, dann die drei Besten auszuwählen und ihre Namen an den Präsidenten weiterzuleiten und das war's.

Ich bestand darauf, dass jeder, der sich für das Amt beworben hatte und den formalen Vorschriften entsprach, das Recht bekam, mindestens ein Gespräch mit

der Auswahlkommission zu führen, um zu erklären, warum er Direktor des NABU werden möchte. Denn, wenn wir diesen Wunsch des Kandidaten ablehnen, gleicht dies einer Diskriminierung durch uns.

Ein großes Problem war die Erfüllung des Quorums, d. h. die Pflicht zu jeder Sitzung der Auswahlkommission mindestens sechs der neun Mitglieder zusammen zu bekommen. Vor allem in den ersten beiden Phasen des Auswahlprozesses, als wir täglich gezwungen waren, gemeinsam für die Prüfung der Bewerbungsunterlagen und die erste Interviewrunde Zeit zu finden. Giovanni Kessler hat in dieser Zeit nicht teilgenommen, Jaroslaw Gryzak war krank und hatte wichtige Auslandsreisen. Zweimal musste Joseph Zisels ins Ausland reisen. Jewgenij Nischtschuk und Jurij Butusow waren in Kiew, aber sie konnten wegen ihrer Arbeit an den Sitzungen nicht teilnehmen. Jewgenij Nischtschuk hatte fast täglich Theaterproben und zwei Aufführungen, für Jurij Butusow waren die Ereignisse im Osten der Ukraine zweifellos wichtiger.

Da alle Mitglieder der Auswahlkommission ehrenamtlich arbeiteten, konnten keine Ansprüche an sie gestellt werden: jeder Freiwillige gibt so viel Zeit wie er kann, weil er in seiner Freizeit arbeitet. Andererseits gilt aber auch, dass, wer seine Zustimmung zur Arbeit in der Auswahlkommission gegeben hat, damit eine gewisse Verantwortung übernimmt und wer nicht teilnehmen kann, lieber verzichten sollte. Ich denke, dass es in Zukunft angemessen wäre, eine schriftliche Verpflichtung der Mitglieder zur Teilnahme an den Sitzungen der Auswahlkommission einzuholen.

### **Auswahlkriterien**

Das öffentliche Interesse am Auswahlverfahren war groß. Der Verlauf des Auswahlverfahrens, die Kandidaten, ihre Qualifikationen, ihr Vermögen und ihre Fähigkeiten wurden ständig im Fernsehen, in Printmedien, im Internet und in den sozialen Netzwerken diskutiert. Viele glaubten, dass alles bereits entschieden sei und es eigentlich kein echtes Auswahlverfahren geben werde. Als Namen des bereits sicheren Kandidaten wurden entweder David Sakwarelidze, Viktor Tschumak oder Anatolij Matios genannt. Einige erfanden Szenarien, dass der Präsident »seinen eigenen« Kandidaten durchsetzen wollte, wehrten sich dagegen und feierten anschließend ihren Erfolg bei der Verhinderung dieses Szenarios. Das war erheiternd, da es keine solchen Szenarien gab.

Natürlich hatte die Präsidialverwaltung, wie alle anderen, ihre eigenen Vorstellungen bezüglich geeigneter und ungeeigneter Kandidaten, aber ich kann versichern, dass es weder Druck, noch Ratschläge oder Empfehlungen von Seiten der Präsidialverwaltung gab. Solche Ratschläge und Empfehlungen haben wir von

einigen Parlamentsabgeordneten und von zivilgesellschaftlichen Organisationen erhalten. In einigen Fällen gab es neben durch Massenmedien verbreitete Empfehlungen auch Briefwechsel mit der Auswahlkommission und Berichte über die Beurteilung der Kandidaten mit dem Versuch, unsere Wahl zu beeinflussen. Jedoch kann sogar solches Verhalten nicht als Druck bezeichnet werden.

Bezüglich der erforderlichen Qualifikationen des Direktors haben in der öffentlichen Debatte zwei Ansichten dominiert.

Die erste pragmatische, die auch ich teilte, die aber bei wesentlich weniger Menschen Unterstützung fand, ist folgende: Der zukünftige Direktor des Nationalen Antikorruptionsbüros sollte eine starke Persönlichkeit sein, anständig, prinzipientreu, ein erfahrener Profi, der Erfahrung in der erfolgreichen Verfolgung von Straftaten besitzt.

Die zweite Vorstellung vom Profil des passenden Bewerbers war viel populärer: Er darf auf keinen Fall ein (auch nur ehemaliger) Polizeibeamter sein, da diese alle korrupt sind, und mit so einem Direktor wird auch die neue Institution zwangsläufig korrupt werden. Deshalb müssen wir entweder einen Ausländer wählen, der hier zu Lande keine Paten, Verwandte, Landsleute und Freunde hat oder eine bekannte Person mit einem tadellosen Ruf, die sich außerdem mit dem Phänomen der ukrainischen Korruption gut auskennt. Oft meinten die Vertreter dieser Ansicht, dass es nicht notwendig ist, jemanden mit Erfahrung in Rechtsfragen und Strafverfolgung für dieses Amt zu ernennen. Dabei haben sie sich keine Gedanken darüber gemacht, wie eine solche Person die Untersuchung von Korruptionsdelikten organisieren soll. Bei den Mitgliedern der Auswahlkommission waren beide Ansichten vertreten.

### **Die Bewerber**

Die Kandidaten für das Amt können in die folgenden zwei Gruppen unterteilt werden. Erstens waren aktive oder ehemalige Beamte aus dem Innenministerium, dem Geheimdienst, der Staatsanwaltschaft und ähnlicher Behörden vom Major bis zu Generälen vertreten. Zweitens bewarben sich Geschäftsleute, Anwälte, Wissenschaftler, Steuerexperten, von denen einige eine gewisse Erfahrung in der Strafverfolgung nachweisen konnten. Vor die Auswahlkommission traten viele interessante Menschen, deren Ambitionen auf den Posten des Direktors berechtigt waren. Es waren viele herausragende Persönlichkeiten dabei.

So konnte die Lage die Auswahlkommission mit der von Agafja Tichonovna aus Gogols »Die Heirat« verglichen werden: »Wenn man die Lippen von Nikanor Iwanowitsch, die Nase von Iwan Kusmitsch und etwas von

der Gewandtheit nehmen könnte, die Baltasar Baltasarowitsch besitzt, und vielleicht noch ein bisschen von der Stattlichkeit des Iwan Pawlowitsch dazutun würde – dann könnte ich mich gleich entscheiden.« Es gab keinen Kandidaten gegen den die Mitglieder der Auswahlkommission keine Einwände hatten. Gleichzeitig wurden auch die Vorteile der Kandidaten von den Mitgliedern der Auswahlkommission unterschiedlich eingeschätzt.

Zum Beispiel ist es für mich immer noch ein Rätsel, warum die Mitglieder der Auswahlkommission in der zweiten Runde der Interviews Galyna Klymowitsch nicht unterstützt haben, die ehemalige Ermittlerin der Generalstaatsanwaltschaft in besonders wichtigen Fällen, bekannt für ihre Unabhängigkeit, Prinzipientreue, Unbestechlichkeit und die erfolgreiche Aufklärung von vielen Verbrechen. Man könnte meinen, das ist die künftige Direktorin! In ihrem professionellen Umfeld ist sie eine Autorität. Vielleicht spielte eine Rolle, dass die Mehrheit der Mitglieder der Auswahlkommission keine Ahnung von diesem Umfeld hatte? Vielleicht unternahm Galyna Iwanowna nicht genug, um ihre Qualifikationen aufzuzeigen, erzählte nichts über ihre Erfolge? Wie auch immer, sie schaffte es nicht in die abschließende Auswahlphase.

Das gleiche gilt für einen anderen meiner Meinung nach sehr starken Kandidaten, Gennadij Wasjukow, den ich persönlich zum Direktor ernannt hätte. Mit seinen 40 Jahren gelang es ihm, eine Karriere bei der Steuerbehörde und der Steuerpolizei zu machen, er bekam drei Hochschulabschlüsse, hat eine Doktorarbeit geschrieben, und war in den letzten vier Jahren als Geschäftsmann erfolgreich. Er hatte ein tiefes Verständnis für das Phänomen der Korruption und schlug originelle Antikorruptionsmaßnahmen vor. Aber nur zwei Mitglieder der Auswahlkommission stimmten für ihn. Vielleicht hat der Stereotyp des korrupten Steuerbeamten ihre Entscheidung beeinflusst? Vielleicht hat das Argument von Jurij Butusow die Mitglieder der Auswahlkommission überzeugt, der sagte: »Wie wird die Gesellschaft unsere Wahl beurteilen, wenn wir den ehemaligen Vorsitzenden des Aufsichtsrates des Alkoholproduzenten ›Hortyzja‹ unterstützen?«

Es gab noch andere starke Kandidaten, die ich jedoch nicht unterstützt habe. Als sehr professionell und mit vielfältigen Kenntnissen und Fähigkeiten fielen Anatolij Matios und Dmytro Gorjatschew auf. Sie arbeiteten unter Präsident Janukowitsch in der Präsidentschaftsverwaltung bzw. dem Geheimdienst und aus diesem Grund habe ich sie abgelehnt. Die mit hervorragender beruflicher Erfahrung ausgestatteten Bewerber Dawid Sakwardidze und Jurij Suchow haben in erster Linie auf die Straffunktion des NABU gesetzt. Ich glaube aber, dass zu viele Strafverfahren zu keinem positiven Ergebnis führen werden. Man sollte nicht Skalpell und Axt verwechseln.

Aus einem anderen Grund habe ich Mykola Siryj und Viktor Tschumak nicht unterstützt. Beide sind für ihre Prinzipientreue und Unabhängigkeit bekannt, aber sie verfügen über fast keine Erfahrung in der Strafverfolgung, was aus meiner Sicht eine wesentliche Voraussetzung für diese Position darstellt.

Über Erfahrung in der Verbrechensaufklärung verfügen hingegen Jakiw Waritschew und Artem Sytnyk. Artem Sytnyk beeindruckte die Kommission durch seine Kompetenz, Prinzipientreue und einen starken Charakter. Man hatte den Eindruck, dass zehn Arbeitsjahre als Ermittler ihn nicht verdorben haben, dass er im Stande ist, unzulässigen Einflüssen zu widerstehen.

Waritschew wirkte überzeugender. Er fiel durch seine ungewöhnliche Biografie auf. Als Ermittler in besonders wichtigen Fällen der Generalstaatsanwaltschaft der UdSSR, in den späten 1980er Jahren, verbuchte er einen großen Erfolg bei der Korruptionsbekämpfung in Zentralasien und Aserbaidschan und leitete dabei ein großes Untersuchungsteam. Dann kehrte er in die Ukraine zurück, obwohl ihm nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hohe Positionen in der Staatsanwaltschaft der Russischen Föderation angeboten wurden. Aus familiären Gründen (Krankheit des Sohnes) zog er nach Spanien. Nach seiner Rückkehr war er einer der wenigen Anwälte, die in der Ukraine und Russland tätig waren. Als intelligenter, professioneller und offener Mensch, der seine Gedanken präzise formuliert, hat er die meisten Mitglieder der Auswahlkommission beeindruckt. Waritschew hat aber die Überprüfung durch den Geheimdienst nicht bestanden.

Die Entscheidung des Geheimdienstes enthielt rechtswidrig den Stempel »geheim«, so dass weder die Mitglieder der Auswahlkommission, die keinen Zugang zu Staatsgeheimnissen haben, noch Waritschew selbst Einsicht in die Unterlagen erhalten haben. Mein Eindruck ist, dass dem Geheimdienst eine eigene Kanzlei in Russland und häufige Reisen dahin verdächtig erschienen sind. Ich denke, dass es ein Fehler war, einen Mann, der viele Vorteile für den Staat bringen könnte, von der Arbeit in staatlichen Einrichtungen auszuschließen.

Waritschews Ausschluss aus dem Auswahlverfahren hat die Mitglieder der Kommission stark getroffen, die für ihn stimmen wollten. Das Schicksal des Auswahlverfahrens hing in der Schwebe, da mehrere Kommissionsmitglieder wegen der Einschränkung ihrer Wahlmöglichkeiten verärgert waren und die Zweckmäßigkeit eines neuen Auswahlverfahrens diskutierten. Letztendlich hat der gesunde Menschenverstand gesiegt: Die Kommission hat für zwei Kandidaten gestimmt, Sytnyk und Siryj, und das Auswahlverfahren endete gut. Am 16. April 2015 ernannte Präsident Petro Poroschenko Artem Sytnyk zum Direktor des NABU.

## Ausblick

Ich hoffe, dass das Nationale Antikorruptionsbüro funktionieren wird. Mittlerweile versteht jeder, dass die Korruption selbst verglichen mit dem Krieg sehr bedrohlich für das Land sein kann und bereits jetzt eine Gefahr für die Staatlichkeit darstellt. Die Gesellschaft wird das

Büro unterstützen, sobald es gute Ergebnisse vorweisen wird, und wird seine Verwandlung in eine Farce verhindern, selbst wenn hochrangige Regierungsvertreter dies wünschen sollten.

*Übersetzung aus dem Ukrainischen: Lina Pleines*

### Über den Autor

Jewgenij Zacharow (1952) ist Mathematiker von Beruf, Menschenrechteaktivist, Journalist, Schriftsteller und Verleger. Er ist Direktor der Charkiwer Organisation für Menschenrechte.

## DOKUMENTATION

## Pressestimmen zur Korruption in der Ukraine

Von Birthe Oldewurtel, Bremen

Obwohl der Euromaidan schon ein Jahr her ist, hat der Kampf gegen Korruption, welcher auch einer der vielen Auslöser für die Proteste war, noch lange kein Ende gefunden. Immer wieder berichtet auch die deutsche Presse über das Problem der Korruption in der Ukraine.

Der ukrainische Präsident Poroschenko sagte zwar: »Korruption gibt es auf der ganzen Welt, das ist kein rein ukrainisches Problem.« (Handelsblatt, 02.04.15), dennoch verweisen mehrere Zeitungen auf die Nichtregierungsorganisation Transparency International, nach der die Ukraine – auch noch nach der Absetzung von Viktor Janukowitsch – das korrupteste Land Europas sei.

»Seit dem Machtwechsel in Kiew vor einem Jahr haben die Korruptionsvorwürfe gegen die Regierung zugenommen«, berichtete der Spiegel (25.03.15). Dass sich die Situation de facto nicht gebessert hat, berichtet auch die International Business Times (02.04.15): Die Ukraine habe zwar eine Regierung, die den Willen der Leute direkter repräsentiert, aber strukturell sei sie immer noch dasselbe Land wie vor der Absetzung von Janukowitsch. Aus gesetzlicher Sicht seien alle Voraussetzungen für ein Ende der Korruption gegeben (ZEIT, 28.02.15). An der Umsetzung hapere es jedoch. Die Versuche der Regierung, gegen die Korruption vorzugehen, seien halbherzig (Handelsblatt, 02.04.15). »Jeder der reformbedürftigen Bereiche leidet an ihr [der Korruption] wie an einer chronischen Krankheit.« (Die Welt, 16.12.14).

Deshalb müsste eigentlich konsequent und mit ganzer Kraft dagegen vorgegangen werden. Denn die Korruption betrifft nicht nur die Wirtschaft des Landes, sondern auch den Alltag der Bevölkerung. »Auch im Gesundheitswesen grassiert die Korruption. (...) Eigentlich ist die Gesundheitsversorgung kostenlos, doch dieses Recht existiert nur auf dem Papier.« (Handelsblatt, 10.12.14). Für viele ist also ein Arztbesuch mangels Geld kaum möglich und die Gesundheitsversorgung ist nicht der einzige Bereich, indem die ukrainische Gesellschaft die Korruption zu spüren bekommt.

Ein Zeichen setzen gegen die Korruption wollte Poroschenko mit der Verhaftung von Zivilschutzchef Sergej Botschkowski und dessen Stellvertreter Wassili Stojezki während einer Regierungssitzung vor laufender Kamera. Laut Innenminister Arsen Awakow ist diese Festnahme eine »Vorbeugemaßnahme gegen korrupte Beamte« (ZEIT, 25.03.15). Bürgerrechtler Vitali Schabunin und Parlamentarier Sergej Leschtschenko sehen das eher als eine PR-Aktion. Für sie sei das keine ernsthafte Korruptionsbekämpfung (Handelsblatt, 02.04.15).

Der tatsächliche Kampf gegen die Korruption geht wohl größtenteils von der Bevölkerung aus. Über 5.000 private Initiativen seien entstanden, »die sich persönlich gegen den ›inneren Feind‹ (...) zur Wehr setzen wollen.« (ZEIT, 28.02.15). Ein großer Erfolg sei der Rücktritt des Generalstaatsanwalts Jarema gewesen, welcher aufgrund öffentlichen Drucks erfolgte. Aus allen Berichten der überregionalen Zeitungen lässt sich herauslesen, dass beim Kampf gegen die Korruption in der Ukraine in nächster Zukunft noch kein nennenswerter Erfolg zu erwarten ist. Es gibt zwar mittlerweile Gesetze, aber sie sind, ebenso wie ihre Durchführung, noch ausbaufähig. Allerdings befindet sich die Ukraine auf dem richtigen Weg, da zum einen das Bewusstsein für das Problem sowohl in der Regierung als auch in der Bevölkerung vorhanden ist und zum anderen erheblicher Druck von außen zum Beispiel von internationalen Geldgebern kommt. Diese »fordern Reformen und mehr Transparenz ein, damit die Hilfsmilliarden nicht in dunklen Kanälen versickern.« (ZEIT, 28.02.15).

## Kämpfe in der Ostukraine

Am 3. Juni 2015 kam es zu einer der bisher schwersten Verletzungen der im Minsk 2-Abkommen im Februar 2015 vereinbarten Waffenruhe. Wir dokumentieren im Folgenden die entsprechenden Berichte der OSZE-Beobachtermision (SMM), deren Mandat in den Minsker Verhandlungen bestätigt wurde. Die Beobachtermision setzt zusätzlich zu Beobachtungsteams auch Beobachtungsdrohnen (UAV) entlang der Waffenstillstandslinie ein und arbeitet außerdem mit dem Joint Centre for Control and Co-ordination (JCCC) zusammen. Das JCCC mit Hauptsitz in Soledar, im ukrainisch kontrollierten Teil der Region Donezk, bringt hochrangige Vertreter der ukrainischen Armee, der russischen Armee und der Separatisten aus Donezk und Luhansk zusammen, um die militärische Lage in der Ostukraine zu überwachen.

*Die Redaktion der Ukraine-Analysen*

### Press Release

#### Latest from OSCE Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine based on information received as of 19:30 (Kyiv time), 3 June 2015

[...]

The SMM noticed a sharp increase in the number of ceasefire violations at and around Donetsk airport (“Donetsk People’s Republic” (“DPR”)-controlled, 12km north-west of Donetsk). From the Joint Centre for Control and Co-ordination (JCCC) observation point at the Donetsk central railway station (“DPR”-controlled, 8km north-west of Donetsk city centre), over a nine hour period during the day, the SMM heard 249 explosions of both incoming and outgoing fire consistent with artillery, mortar and multiple launch rocket systems (MLRS) outgoing from south, west, north-west, north and north-east of the SMM position. Most of the MLRS shelling originated from “DPR”-controlled Kyivskiy district (8km north-west of Donetsk city centre) and Spartak (8km north of Donetsk). It was mostly concentrated and impacted in the area of government-controlled Opytne (10km north-west of Donetsk). The SMM also observed returning fire that the SMM assessed to be outgoing and incoming from Opytne and impacting on the residential area of Kyivskiy district. South of Olenivka (“DPR”-controlled, 23km south-south-west of Donetsk), the SMM heard several incoming explosions approximately 500–1000m west of the SMM position and more than 20 outgoing explosions originating from 200–500m west and east of the H20 road. The SMM unmanned aerial vehicle (UAV) observed live shelling in Pervomaiske. The SMM observed civilian infrastructure on fire 500m south-west of Donetsk airport.

Fighting erupted around the government-controlled town of Marinka (23km west-south-west of Donetsk) in the morning of 3 June. The SMM observed the movement of a large amount of heavy weapons in “Donetsk People’s Republic” (“DPR”)-controlled areas—generally in a westerly direction towards the contact line—close to Marinka, preceding and during the fighting. At approximately 06:00hrs, an SMM UAV observed intense shelling targeting an intersection of the H15 highway, 3.5km south-west of Marinka. Calm was restored by the early evening.

In Donetsk city the SMM observed what it assessed to be an increase in military equipment and intensive fighting starting early morning and continuing throughout the day. From the Park Inn Hotel the SMM heard several salvos of outgoing MLRS and close to one hundred artillery rounds impacting in the city. In Petrovskiy district (“DPR”-controlled, 15km south-west of Donetsk), at 07:40hrs, the SMM heard at least 17 salvos of outgoing MLRS (BM-21) and multiple explosions consistent with outgoing mortar fire west of the SMM position.

The security situation remained calm in Mariupol (government-controlled, 103km south of Donetsk), although late in the afternoon between 19:00hrs to 21:00hrs, from its position in Mariupol, the SMM heard continuous shelling in the area of Shyrokyne (20km east of Mariupol). In line with security considerations, the SMM did not monitor the Shyrokyne area.

[...]

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/162386>>

## Press Release

### Spot report by the OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine (SMM), 3 June 2015: Fighting around Marinka

#### Summary

Fighting erupted around the government-controlled town of Marinka (23km west-south-west of Donetsk city centre) in the morning of 3 June. The SMM observed the movement of a large amount of heavy weapons in “Donetsk People’s Republic” (“DPR”)-controlled areas—generally in a westerly direction towards the contact line—close to Marinka, preceding and during the fighting. Calm was restored by the early evening.

#### Detail

Between 22:30hrs on 2 June and 05:30hrs on 3 June, the SMM—positioned in the “Donetsk People’s Republic” (“DPR”)-controlled Tekstilshchik area of Donetsk city (14km east-north-east of Marinka)—made a number of observations. It observed, inter alia, eight tracked armoured vehicles moving west, four of which were main battle tanks (MBT) at 22:30hrs; four MBTs at 23:03hrs; a military-type truck moving west, towing a 122mm artillery piece at 23:45hrs; two T-64 MBTs moving west at 04:30hrs; and a column of one infantry fighting vehicle (BMP-2), three military trucks (one carrying an ZU-23-2 anti-aircraft gun), and two T-72 MBTs, moving west, at 04:50hrs. In addition, the SMM—at the same location—heard approximately 100 outgoing artillery rounds fired from a location 1–5km north-north-west of its position between 04:30 and 04:40hrs; an outgoing salvo of BM-21 multiple launch rocket system (MLRS) Grad rockets fired from a location 1–5km west of its position at 04:55hrs; and, 100 outgoing artillery rounds fired from a location 5km north-north-west of its position.

Between 04:30 and 05:00hrs, the SMM—positioned in Donetsk city-centre—heard several salvos of outgoing MLRS rockets and approximately 100 incoming heavy-artillery rounds.

Between 07:00 and 08:00hrs, the SMM—mobile in an area 6–9km east of Marinka—observed seven T-64 MBTs facing west. In addition, it heard, on two separate occasions, more than five salvos of outgoing MLRS (BM-21) rockets and heavy-mortar rounds; and 12 outgoing MLRS Grad rockets and mortars.

At approximately 06:00hrs, an SMM unmanned aerial vehicle (UAV) observed intense shelling targeting an intersection of the H15 highway 3.5km south-west of Marinka. The UAV spotted four 2S3 Akatsiya 152mm self-propelled howitzers 9km south-west of the town at 15:30hrs.

The SMM made several attempts between 10:45 and 12:11hrs to contact high-ranking “DPR” personnel—including the “DPR” “prime minister”, “parliamentary speaker”, “minister of defence” and “chief of the general staff”—in order to facilitate a cessation to the fighting around Marinka. Either they were unavailable or did not wish to speak to the SMM.

At 15:00hrs the SMM received a letter from the Ukrainian Ministry of Defence, saying Ukrainian Armed Forces heavy weapons would be placed on the contact line in order to deal with the “real threat” posed by the fighting in Marinka, which they said had started at 06:00hrs that morning. Ukrainian officials later publicly acknowledged that the weapons had been used, saying their use was necessary in thwarting a “DPR” attack.

The Representative of the Russian Federation Armed Forces to the Joint Centre for Control and Co-ordination told the SMM at 15:00hrs that a ceasefire around Marinka would take effect at 17:00hrs. He told the SMM at 21:00hrs that the situation around Marinka was currently calm. At around 19:00hrs a representative of the Anti-Terrorist Operation command in Kramatorsk and the “DPR” “ministry of defence” confirmed to the SMM that Marinka was under government control.

The SMM will follow up on reports of civilian and military casualties in Marinka.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/162116>>

## Press Release

### Latest from OSCE Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine based on information received as of 19:30 (Kyiv time), 4 June 2015

[...]

Concerning the fighting which erupted in Marinka on 3 June, the Ukrainian Armed Forces Major-General, head of the Ukrainian side to the JCCC and the Russian Federation Armed Forces Chief of Staff at the JCCC confirmed that at 17:00hrs on 3 June the “DPR” had retreated to positions held before the attack on 3 June.

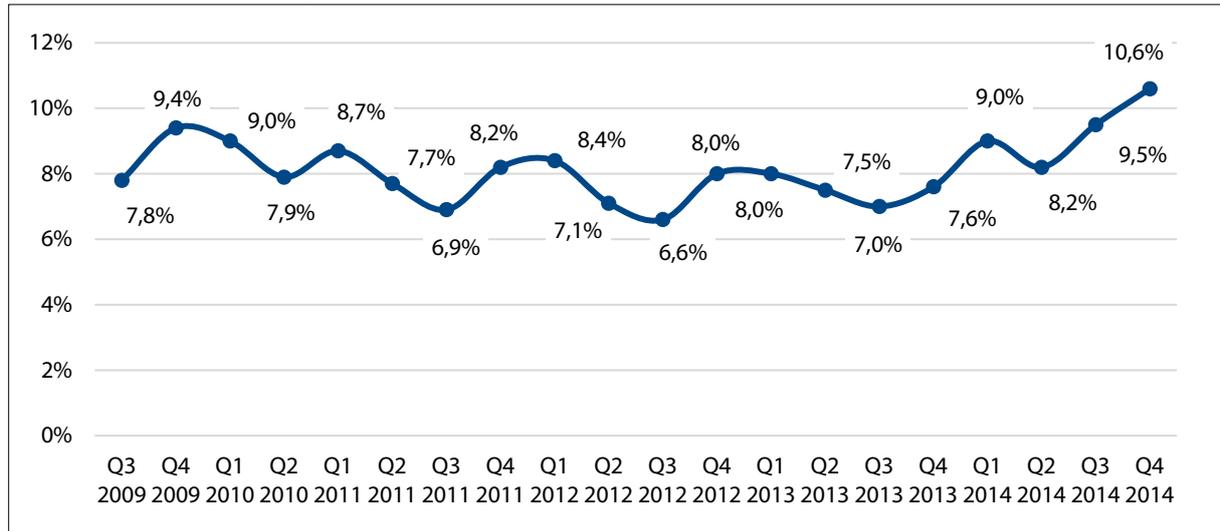
[...]

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/162546>>

## STATISTIK

## Aktuelle Sozialdaten

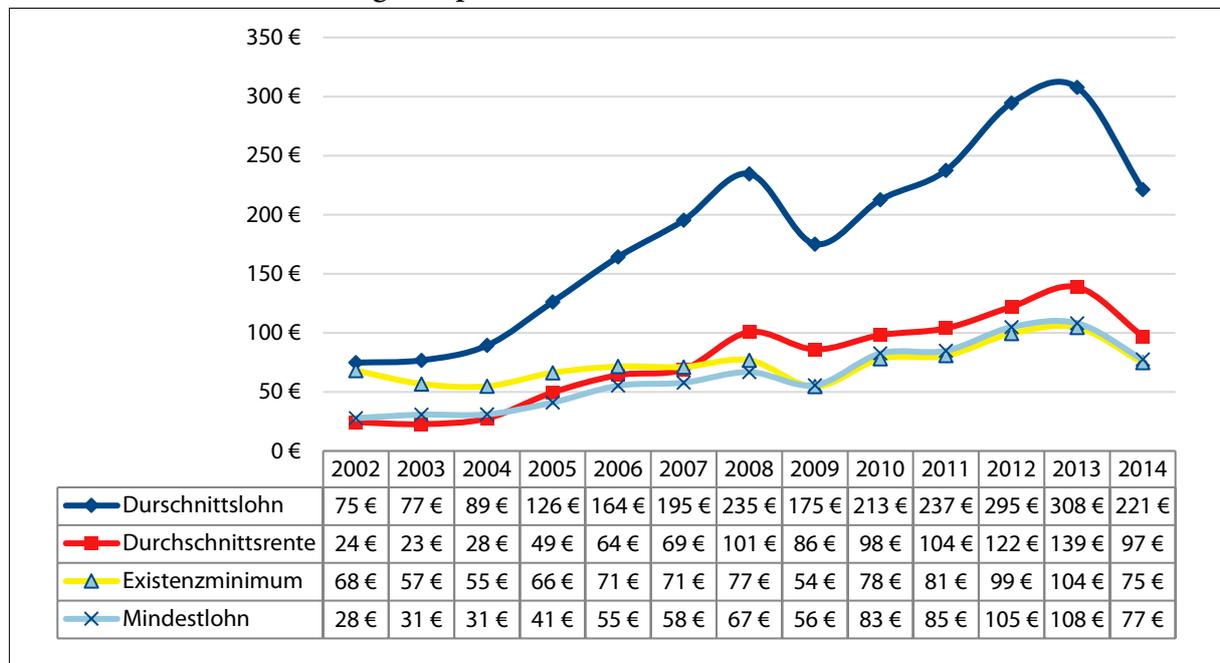
Grafik 1: Entwicklung der Arbeitslosenquote (ILO-Methode)



Anmerkung: Daten ab 2014 ohne Krim.

Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.

Grafik 2: Entwicklung von Durchschnittslohn, Durchschnittsrente, Existenzminimum und Mindestlohn (Angaben pro Monat, in Euro)



Anmerkung: Existenzminimum und Mindestlohn werden jeweils mit ihrem Wert zum Jahresbeginn aufgeführt.

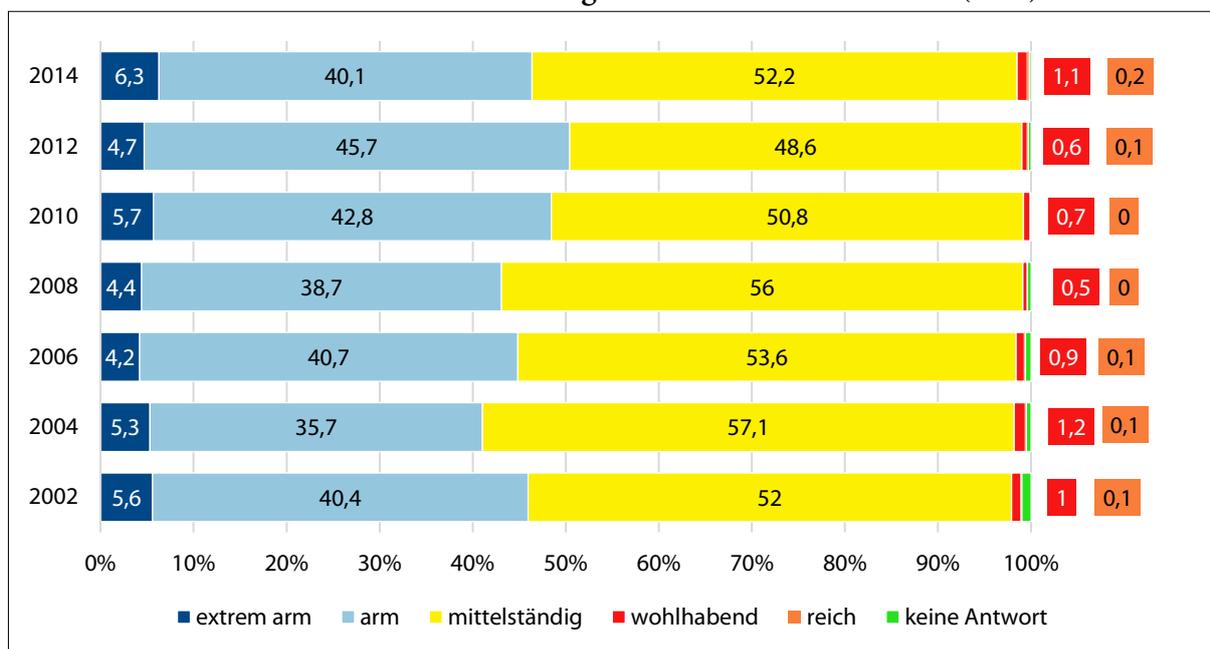
Quelle: Durchschnittslohn und Durchschnittsrente nach Ukrainischem Statistikamt, siehe [http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2014/gdn/Zarp\\_ek\\_p/zpp2014\\_u.htm](http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2014/gdn/Zarp_ek_p/zpp2014_u.htm), Existenzminimum entsprechend der Gesetze, online einsehbar unter <http://zakon2.rada.gov.ua/laws/show/719-18>, Mindestlohn gemäß Ministerium für Finanzen, siehe <http://index.minfin.com.ua/index/salary/>

Tabelle 1: Erhöhung der Gaspreise für private Haushalte im April 2015 (Anstieg in %)

		Preise in der	
		Heizsaison	Sommersaison
Haushalte ohne Gasheizung	ohne Messgerät	177 %	
	mit Messgerät	508 %	
Gasheizung mit Monatsverbrauch	< 200 m <sup>3</sup> (2 Personen)	231 %	560 %
	300 m <sup>3</sup> (3 Personen)	340 %	560 %
	400 m <sup>3</sup> (4 Personen)	202 %	302 %
	1000 m <sup>3</sup> (6 Personen)	78 %	97 %
durchschnittlicher Preisanstieg		234 %	413 %
		255 %	

Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor Mai 2015, S. 2.

Grafik 3: Wie würden Sie die finanzielle Lage Ihrer Familie einschätzen? (in %)



Quelle: repräsentative Umfrage des Instituts für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine, »Ergebnisse der nationalen Umfragen 1992–2014 // Ukrainische Gesellschaft: Monitoring des sozialen Wandels«, S. 112

## CHRONIK

## 25. Mai – 7. Juni 2015

25.05.2015	Die Militärstaatsanwaltschaft und der Inlandsgeheimdienst SBU veranlassen mehrere Festnahmen hoher Militärangehöriger und Beamter aufgrund von Korruptionsdelikten im Zusammenhang mit der »Anti-Terror-Operation« im Donbass.
25.05.2015	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk bittet die internationalen Gläubiger der Ukraine, ihr bei der Schuldentrückzahlung entgegenzukommen. Die Ukraine werde ihre Schulden begleichen, werde jedoch selbst die Bedingungen bestimmen. Jazenjuk betont, die Regierung werde von ihrer Möglichkeit eines Moratoriums bei der Rückzahlung der Auslandsschulden Gebrauch machen, wenn kein Kompromiss gefunden werde.
25.05.2015	Ein Vertreter von Amnesty International erklärt, dass die Organisation bei einem kurzen Besuch bei den beiden in Kiew festgehaltenen russischen Soldaten keine Spuren von Folter entdecken konnte. Ihor Plotnyzkyj, der Anführer der »Volksrepublik Donezk«, hatte zuvor erklärt, die beiden Soldaten seien in der ukrainischen Haft gefoltert worden.
26.05.2015	Der Gouverneur des Gebietes Luhansk, Hennadyj Moskal, ordnet strengere Kontrollen an den Übergängen zu den separatistisch kontrollierten Gebieten im Donbass an. Er begründet die Verschärfung mit einer erhöhten Aktivität von Aufklärungstrupps der Separatisten und gehäuften Angriffen auf ukrainisch kontrollierte Dörfer an der Frontlinie.
26.05.2015	Ein Vertreter der Beratenden Mission der Europäischen Union für eine Reform des zivilen Sicherheitssektors in der Ukraine betont in Kiew, das größte Hindernis auf dem Weg der Ukraine zur Aufhebung der Visumpflicht sei die Korruption in der Ukraine. Die Beratungsmission war Ende Juli 2014 von den EU-Außenministern beschlossen worden. Sie unterstützt die Ukraine bei der Reform des Sicherheitssektors.
26.05.2015	Die staatliche Ukreximbank erreicht in Verhandlungen mit ihren ausländischen Gläubigern eine Restrukturierung ihrer Schulden. Der Kompromiss sieht u. a. eine Verlängerung der Rückzahlungsfristen vor.
27.05.2015	Der Gouverneur des Gebietes Luhansk, Hennadyj Moskal, berichtet auf seiner Internetseite, dass beim Beschuss eines Wohnviertels im ukrainisch kontrollierten Popasne eine Zivilistin ums Leben gekommen sei.
27.05.2015	Das russische Nachrichtenportal RBK berichtet, dass das Handelsvolumen zwischen Russland und der Ukraine seit dem vergangenen Jahr um 60 % zurückgegangen sei.
27.05.2015	Präsident Petro Poroschenko stellt eine neue »Strategie der nationalen Sicherheit« vor. Wichtigste Ziele sind die Minimierung von Bedrohungen der ukrainischen Souveränität, die Wiederherstellung der Kontrolle des Territoriums innerhalb der völkerrechtlich anerkannten Grenzen der Ukraine, die europäische Integration und die Vorbereitung eines NATO-Beitritts. Zudem empfiehlt das Dokument jährliche Verteidigungsausgaben in Höhe von fünf Prozent des Bruttoinlandsproduktes.
27.05.2015	Die OSZE-Beobachtermission berichtet, dass sie am Vortag aufgrund der instabilen Sicherheitslage nicht zum Küstenort Schyrokyne vordringen konnte. Der Bericht stellt außerdem zum wiederholten Male fest, dass beide Seiten des Konflikts die schweren Waffen nicht vollständig abgezogen hätten.
28.05.2015	Nach Informationen der Nachrichtenagentur Reuters zieht Russland militärisches Gerät an der Grenze zur Ukraine zusammen.
28.05.2015	Präsident Petro Poroschenko ruft dazu auf, Russland »an den Verhandlungstisch zu holen«, um gemeinsam über den Beginn einer politischen Lösung des Konflikts im Donbass zu beraten. Dieser Prozess könne jedoch erst nach freien und fairen Regionalwahlen beginnen.
28.05.2015	Der russische Energiekonzern Gazprom reicht beim Internationalen Schiedsgericht in Stockholm gegen den ukrainischen Energieversorger Natohaz eine zusätzliche Klage ein. Gazprom fordert Strafzahlungen in Höhe von 8,2 Milliarden US-Dollar für nicht abgenommenes Gas im Vorjahr. Die in Gazproms Verträgen vorgesehene Mindestabnahmemenge, die auch bezahlt werden muss, falls sie nicht verbraucht wird, gerät international zunehmend unter Druck.
28.05.2015	Der Chef der Grenzschutzbehörde, Wiktor Nasarenko, beklagt die russische Praxis, Hilfskonvois für den Donbass an Grenzübergängen ins Land zu bringen, die nicht von der Ukraine kontrolliert werden. Gleichzeitig erklärt er, dass die Ukraine bisher in keinem Fall den Transport von Waffen durch die Hilfskonvois feststellen konnte.
29.05.2015	Die OSZE-Beobachtermission stellt in der Region um den Flughafen von Donezk einen Anstieg der Verletzungen des Waffenstillstands fest.
29.05.2015	Die Nachrichtenagentur Interfax-Ukraina berichtet, dass sich Präsident Petro Poroschenko für den nächsten Tag in Odessa angekündigt habe, um dort einen möglichen Nachfolger des Gouverneurs des Gebietes Odessa zu treffen. Dabei handle es sich, wie später das Presseamt der Gebietsverwaltung bestätigt, um den ehemaligen georgischen Präsidenten Michail Saakaschwili.
30.05.2015	Präsident Petro Poroschenko verleiht dem ehemaligen georgischen Präsidenten Michail Saakaschwili die ukrainische Staatsbürgerschaft und ernennt ihn zum Gouverneur des Gebietes Odessa. Diesen Posten hatte zuvor Ihor Paliza bekleidet, der als Kandidat des Oligarchen Ihor Kolomojskij gilt. Poroschenko erklärt, er sei seit Studienzeiten mit Saakaschwili vertraut und nennt ihn einen unabhängigen und entschlossenen Menschen, der in der Lage sei, zur »Entoligarchisierung« der Ukraine beizutragen. Saakaschwili kündigt sogleich umfangreiche personelle Veränderungen in der öffentlichen Verwaltung des Gebietes an.

31.05.2015	Nach Auskunft des Luhansker Gouverneurs Hennadyj Moskal kommen zwei Zivilisten durch eine Landmine ums Leben.
31.05.2015	Der Internationale Währungsfonds korrigiert seine Prognose für die Entwicklung des Wirtschaftswachstums der Ukraine nach unten. Hatte er im Frühjahr noch einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 5,5% vorausgesagt, so liegt die Schätzung jetzt bei minus 9%.
01.06.2015	Die britische Bloggerorganisation Bellingcat präsentiert ihre Analyse mehrerer Satellitenfotos, die das russische Verteidigungsministerium im Juli 2014 im Zusammenhang mit dem Abschuss des Passagierflugzeugs der Malaysia Airlines über dem Donbass der Öffentlichkeit vorgelegt hatte. Die Fotos sollen beweisen, dass zum Zeitpunkt des Abschusses am 17. Juli 2014 ukrainische Boden-Luft-Raketen vom Typ BUK in der Region stationiert waren, von wo aus der Abschuss mutmaßlich erfolgt war. Die russische Seite hatte aufgrund dessen die Ukraine beschuldigt, für das Unglück verantwortlich zu sein. Durch einen Vergleich mit anderen Satellitenbildern kommen die Aktivisten von Bellingcat zu dem Schluss, dass die Aufnahmen im Juni 2014 gemacht wurden. Die Organisation erklärt, die Bilder seien höchstwahrscheinlich absichtlich falsch datiert worden und könnten die Präsenz ukrainischer Geschütze zum fraglichen Zeitpunkt nicht beweisen. Weiterreichende Aussagen von Bellingcat zu Manipulationen der Bilder werden von unabhängigen Experten als nicht eindeutig beweisbar bezeichnet.
01.06.2015	Pawlo Rosenko, Minister für Sozialpolitik, erklärt, dass hohe Beamte ab sofort keine Sonderkonditionen bei der Rente mehr erhalten. Laut einem Gesetz vom März 2015 musste das Parlament bis Anfang Mai 2015 eine Rentenreform beschließen. Andernfalls würde das System der Sonderregelungen für hohe Beamte ausgesetzt. Da das Parlament sich bisher nicht auf eine Rentenreform einigen konnte, gelte jetzt auch für hohe Beamte die allgemeine Regelung, so Rosenko.
01.06.2015	Ein Pressesprecher des UN-Generalsekretär-Assistenten für Menschenrechte, Ivan Šimonović, erklärt, Beweise für die Teilnahme russischer Soldaten an den Kämpfen in der Ukraine würden sich häufen. Es sei allerdings äußerst schwierig, festzustellen, ob diese Soldaten aktuell im Dienst der russischen Armee stehen.
02.06.2015	Die Aktivistengruppe Tschesno veröffentlicht eine Analyse, aus der hervorgeht, dass die Abgeordneten des ukrainischen Parlaments teilweise die formalen Abstimmungsregeln umgehen. Abgeordnete der Partei Volksfront des Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk seien in diesem Jahr neun Mal dabei beobachtet worden, wie sie für nicht anwesende Abgeordnete mitabstimmten – indem sie an benachbarten Plätzen die Knöpfe des elektronischen Abstimmungssystems betätigten. Die Volksfront führt damit die Liste der Verstöße an.
02.06.2015	Der Parlamentsausschuss für Verfahrensfragen votiert dafür, dem Unternehmer und ehemaligen Mitglied der Partei der Regionen, Serhyj Kljujew, die Immunität zu entziehen. Die Staatsanwaltschaft hatte das Parlament am 12. März 2015 darum gebeten, um Ermittlungen gegen Kljujew wegen Betrugs und Veruntreuung in einem besonders schweren Fall einleiten zu können. Die Entscheidung muss nun vom ganzen Parlament gefällt werden.
02.06.2015	Finanzministerin Natalja Jaresko erklärt, dass der Internationale Währungsfonds der Ukraine im Laufe der nächsten anderthalb Jahre weitere Hilfskredite in Höhe von insgesamt 7,5 Milliarden US-Dollar zur Verfügung stellen werde.
03.06.2015	In den Morgenstunden werden aus Marinka im Gebiet Donezk schwere Kämpfe gemeldet. Nach Angaben der OSZE geht der Angriff in Marinka von den Separatisten aus – ukrainische Truppen feuern später mit schweren Geschützen zurück. Der ukrainische Generalstab erklärt, fünf Soldaten seien ums Leben gekommen. Die Separatisten melden mindestens 19 Tote. Nach Angaben der Gebietsverwaltung wird außerdem ein Zivilist getötet. Ein Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin erklärt, die Verschärfung des Konflikts sei von der ukrainischen Seite provoziert worden.
03.06.2015	Das Parlament entzieht dem Abgeordneten, Unternehmer und ehemaligen Mitglied der Partei der Regionen, Serhyj Kljujew, die Immunität. Ihm werden Betrug und Veruntreuung in einem besonders schweren Fall vorgeworfen. Kljujew betont im Parlament seine Unschuld und erklärt, auf die Mitglieder des für den Antrag zuständigen Ausschusses sei Druck ausgeübt worden.
03.06.2015	Laut dem Nachrichtenportal »Nowosti Donbassa« werden bei Donezk vorübergehend 379 Bergleute in einem Schacht eingeschlossen. Ein Vertreter der »Volksrepublik Donezk« erklärt, dass die Ursache ein Stromausfall in Folge der intensivierten Kämpfe in der Region sei. Die Bergleute können den Schacht später verlassen.
04.06.2015	Die Staatliche Kommission für Filmfragen veröffentlicht eine Liste von 162 russischen Filmen und Serien, deren Ausstrahlung in der Ukraine künftig verboten ist. Das zugrundeliegende Gesetz verbietet alle Produktionen, in denen die russische Armee, die Geheimdienste oder andere Sicherheitsorgane positiv dargestellt werden. Außerdem fallen unter das Gesetz alle Werke, die ab dem 01. Januar 2014 von russischen Staatsbürgern oder juristischen Personen mit Sitz in Russland produziert wurden. Das Verbot bezieht sich auf die Ausstrahlung im Fernsehen. Im Kino dürfen die Filme gezeigt werden.
04.06.2015	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das die Präsenz ausländischer Truppen im Rahmen einer Friedensmission auf ukrainischem Territorium legalisiert. Ukrainische Politiker hatten wiederholt eine von der UN oder der EU geführte Mission zur Kontrolle der Situation im Donbass gefordert. Das Gesetz schließt zudem Staaten von der Teilnahme an solchen Friedensmissionen aus, die gegen die Ukraine eine kriegerische Aggression führen.

04.06.2015	Der russische Energieminister Aleksandr Nowak kündigt eine mögliche Verlängerung des vergünstigten Gastarifs für die Ukraine bis zum Ende des Jahres an. Eine endgültige Entscheidung soll bei trilateralen Gesprächen zwischen Russland, der Ukraine und der EU Ende Juni 2015 getroffen werden.
04.06.2015	Der ständige Vertreter der Ukraine bei der UN, Jurij Sergejew, kündigt an, bezüglich der Kämpfe vom Vortag in Marinka eine Sitzung des UN-Sicherheitsrates einzuberufen. Die Separatisten hätten offen mit den Minsker Vereinbarungen gebrochen.
05.06.2015	Im Rahmen des Lustrationsgesetzes zur Überprüfung hoher Staatsdiener auf Korruptionsdelikte wird der Polizeichef der Stadt Kiew seines Amtes enthoben.
05.06.2015	Präsident Petro Poroschenko erklärt auf einer Pressekonferenz, er werde kein Referendum zulassen, bei dem die Abspaltung des Donbass zur Wahl steht. Er garantiere als Präsident die territoriale Integrität der Ukraine.
05.06.2015	Eine Gruppe von 49 Parlamentariern beantragt beim Verfassungsgericht, das Gesetz zum Verbot der Symbolik totalitärer Regime auf Verfassungsmäßigkeit zu überprüfen. Das Gesetz richtet sich gegen die Propagierung kommunistischer und nazistischer Ideologien. 50 Abgeordnete fordern außerdem eine Überprüfung des Gesetzes zur Öffnung der Archive der sowjetischen Geheimdienste für die Öffentlichkeit und des Gesetzes, das der umstrittenen Ukrainischen Aufstandsarmee den Status »Kämpfer für die nationale Unabhängigkeit« zuerkennt. Das gesamte Gesetzespaket ist in der ukrainischen Gesellschaft hochumstritten.
05.06.2015	Auf einer von der Ukraine initiierten Sitzung des UN-Sicherheitsrates wirft die Vertreterin der USA Russland vor, die Separatisten bei ihrem Angriff auf Marinka am 3. Juni 2015 unterstützt zu haben.
06.06.2015	In Kiew demonstrieren nach Medienschätzungen etwa 300 Menschen bei einem »Marsch der Gleichheit« für die Rechte Homosexueller. Die Demonstration wird durch ein erhebliches Polizeiaufgebot geschützt. Trotzdem attackieren Rechtsextreme den Demonstrationszug nach etwa einer halben Stunde. Ein Polizist wird dabei verletzt. Mehrere Menschen werden festgenommen und die Aktion wird abgebrochen.
06.06.2015	Nach einem Treffen mit dem japanischen Ministerpräsidenten Shinzō Abe in Kiew erklärt der ukrainische Präsident Petro Poroschenko, dass Japan der Ukraine Hilfskredite in Höhe von 1,5 Milliarden Dollar versprochen habe.
06.06.2015	Präsident Petro Poroschenko erklärt auf einer Pressekonferenz, dass die Ukraine sich nicht an westliche Staaten mit der Bitte gewandt habe, auf ihrem Territorium Raketenabwehrsysteme zu installieren. Diese Frage sei zurzeit nicht relevant, so Poroschenko. Der Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates, Oleksandr Turtschynow, hatte am 20. Mai 2015 in einem Interview angekündigt, die Ukraine werde nach Möglichkeiten suchen, Raketenabwehrsysteme auf ihrem Territorium zu errichten.
07.06.2015	Die OSZE-Beobachtermission berichtet von Kämpfen nördlich von Donezk. Beide Seiten würden Waffen einsetzen, die laut den Minsker Vereinbarungen aus der Region hätten abgezogen werden müssen.
07.06.2015	Bei einer Explosion auf einem Boot des ukrainischen Grenzschutzes im Asowschen Meer bei Mariupol wird ein Soldat schwer verletzt. Er erliegt später seinen Verletzungen. Die Ursache der Explosion ist ungeklärt.

*Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.*

*Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum*

*Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.*

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Heiko Pleines

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung ([www.bpb.de](http://www.bpb.de)) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON [www.ireon-portal.de](http://www.ireon-portal.de) recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2015 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: [publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de](mailto:publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de) • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

## Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

### Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>>

### Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <[http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter\\_CAD\\_EN](http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN)>

### Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>>

### Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/russland/>>

### Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <[http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter\\_RAD\\_EN](http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN)>

### Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>>

### Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>>

---

### Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: Belarus: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>>; Russland: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>>; Ukraine: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>>; zentralasiatische und kaukasische Staaten: <[http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus\\_ca.php](http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php)>

---

### Twitter

<<https://twitter.com/laenderanalysen>>